

Stenographisches Protokoll.

27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 10. Juli 1946.

Inhalt.

1. Personalien.

Krankmeldungen und Entschuldigung (S. 555).

2. Bundesregierung.

- a) Bericht der Bundesregierung zur Frage des deutschen Eigentums in Österreich — Bundeskanzler Ing. Figl (S. 556);
- b) Entschließungsantrag Ing. Raab-Speiser (S. 561) — angenommen (S. 572);
- c) Redner: Abgeordnete Speiser (S. 561), Fischer (S. 565), Dr. Scheff (S. 568) und Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h. c. Heini (S. 572).
- d) Schriftliche Beantwortung der Anfragen 28/J und 30/J.

3. Regierungsvorlagen.

- a) Bundesgesetz über die Wiedereinführung der Weinsteuer (157 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 555);
- b) Steueränderungsgesetz 1946 (158 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 555);
- d) Invalideneinstellungsgesetz (160 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 555);
- e) Bundesgesetz, womit das Gesetz Papierverbrauchs-Lenkungsgesetz abgeändert wird (161 d. B.) — Verfassungsausschuß (S. 555);

- f) 4. Wirtschaftssäuberungsgesetznovelle (162 d. B.) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 555).

In der Sitzung eingebrachte Anträge und Anfragen:

Antrag

der Abgeordneten Ing. Raab, Kapsreiter, Lakowitsch, Frisch, Brunner, Obrutschka, Dinghauser, Dr. Tschurtschenthaler, Grubhofer und Genossen, betreffend die Schaffung einer einheitlichen Straßenverwaltung in Österreich (43/A).

Anfrage

der Abgeordneten Zechtl, Astl und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend gesetzwidriges Verhalten der Bezirkshauptmannschaft Reutte, Tirol (43/J).

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Inneres Helmer auf die Anfrage der Abgeordneten Wedenig und Genossen (19/A. B. zu 30/J);

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Kraus auf die Anfrage der Abgeordneten Lagger und Genossen (20/A. B. zu 28/J).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten.

Präsident Kunschak eröffnet die Sitzung.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Fageth und Handel, entschuldigt ist der Abgeordnete Gassner.

Das Protokoll der 16. Sitzung ist genehmigt.

Die schriftliche Beantwortung der Anfragen Nr. 28 und 30 wurde den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über die Wiedereinführung der Weinsteuer (157 d. B.);

Bundesgesetz über Änderungen auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Umsatzsteuer (Steueränderungsgesetz 1946) (158 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend Beihilfen zu den Unterstützungen nach dem Kleinrentnergesetz (Kleinrentnergesetznovelle 1946) (159 d. B.);

Bundesgesetz über die Einstellung und Beschäftigung Invaliden (Invalideneinstellungsgesetz) (160 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Gesetz vom 29. August 1945, St. G. Bl. Nr. 147, über die Lenkung des Papierverbrauchs für Druckzwecke (Papierverbrauchs-Lenkungsgesetz) abgeändert wird (161 d. B.);

Bundesverfassungsgesetz, betreffend Abänderung des Wirtschaftssäuberungsgesetzes vom 12. September 1945, St. G. Bl. Nr. 160, in der Fassung der 3. Wirtschaftssäuberungsgesetznovelle vom 22. März 1946, B. G. Bl. Nr. 80 (4. Wirtschaftssäuberungsgesetznovelle) (162 d. B.).

Von den Regierungsvorlagen werden zugewiesen:

die Vorlagen 157 d. B. und 158 d. B. dem Finanz- und Budgetausschuß,

159 d. B., 160 d. B. und 162 d. B. dem Ausschuß für soziale Verwaltung und

161 d. B. dem Verfassungsausschuß.

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Ing. Figl: Hohes Haus! Am 21. Dezember 1945 habe ich hier vor diesem Hause anlässlich der Übernahme der Regierung ein feierliches Gelöbnis namens aller freigewählten Mandatäre dieses Hauses und der von ihnen bestellten Regierung abgelegt zur demokratischen Führung eines freien, unabhängigen Österreichs. Meine Regierungserklärung war kurz, aber sie ließ keinen Zweifel darüber, daß wir es ernst meinen. Die Volkspartei, die Sozialisten und die Kommunisten: alle drei in der Konzentrationsregierung vereinten und gegenwärtig einzigen Parteien in Österreich, haben sich rückhaltlos zum demokratischen Wiederaufbau unserer Heimat bekannt. Ich habe es seither vermieden, zu diesem Gesamtproblem in diesem Hause neuerlich Stellung zu nehmen, weil die Wiederholung von Selbstverständlichkeiten allzu leicht zu einer Phrase werden könnte. Wenn ich heute davon abgehe und zum zweiten Male nunmehr in diesem Hause, und zwar anlässlich einer vom Herrn Präsidenten auf Grund eines außerordentlichen Anlasses einberufenen außerordentlichen Versammlung dieses Hauses, neuerlich namens aller Parteien dieses Hauses, die in der Regierung vertreten sind, ein feierliches Bekenntnis zur demokratischen Entwicklung und zum demokratischen Wiederaufbau Österreichs ablege, so ist dies kein Zufall, sondern ein neuerliches Willensbekenntnis des österreichischen Volkes in einem Augenblicke, wo es eventuell den Eindruck haben könnte, daß sein Wiederaufbauwerk, das mit viel Schweiß, Opfern und Geduld der arbeitenden Bevölkerung in die Wege geleitet werden mußte, gefährdet werden könnte, weil man seine Lebensfähigkeit einschränkt. Wir Österreicher wissen, daß wir selbst die Pflicht haben, unsere Heimat wiederaufzubauen, und daß wir darüber hinaus die große heilige Pflicht haben, das Vertrauen, das die Welt durch das Befreiungswerk der alliierten Mächte in uns gesetzt hat, zu rechtfertigen, und wir wissen vor allem, daß wir uns letzten Endes doch bei aller dankenswerten Unterstützung durch die Welt im einzelnen im allgemeinen nur selbst helfen können. Wer in diesen letzten Monaten durch Österreich ging, der konnte sehen, mit welcher zähen Verbissenheit unsere Arbeiter bei all den Schwierigkeiten, die ihnen ernährungsmäßig und auch sonst wirtschaftlich aufgelastet sind, wieder daran sind, den Schutt wegzuräumen und Neues zu schaffen; der wird sehen, wie in Ruinen, die äußerlich kaum mehr Arbeitsstätten gleichen, wieder produziert wird; der wird sehen, wie man aus Schuttabfall wieder neue Häuser baut; der wird sehen, wie die Bauern trotz aller Hemmnisse unermüdlich jedes kleine Fleck-

chen, wo noch vor kurzem der Krieg darüberrollte und wo noch heute zerschossene Panzer liegen, säuberlich rundherum bebaut und bepflanzt haben; der wird sehen, wie in den Büros wieder Aufbaupläne für heute, morgen und übermorgen konstruiert werden: kurz, der wird sehen, daß dieses österreichische Volk heute bereits wieder in seiner alten, ewigen, urwüchsigen Kraft darangegangen ist, nicht nur einen Staat, nicht nur eine Wirtschaft, — nein, wieder eine neue Welt aufzubauen, eine Welt mit neuen Menschen, mit neuen Ideen, aber mit einer alten Tradition, nämlich der großen demokratischen Tradition unseres Vaterlandes Österreich. (Lebhafter Beifall.)

Der österreichische Arbeiter und der österreichische Bauer genau so wie der Angestellte, Lehrer, Student und die österreichische Frau, wir alle wissen heute, worum es geht. Es geht vielleicht nicht einmal so sehr um sie selbst; nein, es geht um die Zukunft dieses Staates, es geht um die nächste Generation, die ein Bollwerk der Demokratie in Mitteleuropa sein soll und werden muß, wenn in diesem Europa endlich Frieden sein soll. Und wenn sie heute alle verbissen an diesem Wiederaufbau mitarbeiten, dann tun sie es vor allem wegen dieser nächsten Generation, wegen ihrer Kinder.

Dazu ist freilich eine Voraussetzung notwendig, und das ist der Schutz des Auslandes, der Schutz der Weltmächte davor, daß die Lebensfähigkeit dieses Staates eventuell beschränkt und beschnitten werden könnte. Wir wissen schon, daß wir gegenwärtig von den Weltmächten noch viel brauchen. Wir brauchen eine Überbrückung in der Lebensmittelfrage und wir dürfen nicht verabsäumen, gerade in diesem Augenblick der UNRRA für ihre uneigennützigste, großzügigste Hilfe für Österreich den Dank des gesamten österreichischen Volkes auszusprechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir haben den Schutz der alliierten Mächte benötigt, um all die subversiven Elemente, die nach dem Zusammenbruch sich immer noch in diesem Staate herumtrieben, zu entfernen, und wir danken den alliierten Mächten, daß dieses Säuberungswerk nunmehr fast völlig abgeschlossen ist.

Was wir aber nun noch als letztes brauchen, das ist die Sicherung unserer Lebensfähigkeit, das heißt also unserer wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit. Wir wissen, daß wir diesbezüglich nicht in Sorge zu sein brauchen, denn bereits lange vor der Befreiung Österreichs haben sich die alliierten Weltmächte in feierlicher Form für ein freies und unabhängiges Österreich ausgesprochen, nicht zuletzt im Hinblick darauf, daß dieses Österreich nicht nur als erster Staat der Welt

vom Nazifaschismus überfallen und vergewaltigt wurde, sondern auch im Hinblick darauf, daß dieses freie, fast tausendjährige Österreich in seinen wesentlichsten und wertvollsten Teilen niemals in diesen sieben Jahren vor dem Faschismus kapituliert hat, sondern in den Konzentrationslagern, in den Gefängnissen und in der Widerstandsbewegung in unentwegter Treue an seiner demokratischen Freiheit festhielt. Wir waren dankbar, haben es aber eigentlich als selbstverständlich gefunden, daß in der Londoner Deklaration vom 5. Jänner 1943 eindeutig festgelegt wurde, daß sämtliche Vermögensübertragungen und Transaktionen, die sich auf wie immer geartete Güter, Rechte und Interessen in den von den Nazi besetzten oder vergewaltigten Gebieten beziehen, für null und nichtig erklärt wurden, denn gerade wir Österreicher haben diese wirtschaftliche Ausplünderung als erster Staat in Europa in einem Ausmaße kennengelernt, wie kaum später ein anderer Staat. Es war für uns eine Genugtuung, in dieser Londoner Deklaration festgestellt zu wissen, daß alle diese Plünderungen, mochte es sich nun um ganz offene Brandschatzungen handeln oder auch um anscheinend legale Transaktionen, selbst wenn sie äußerlich mit Zustimmung des terrorisierten Opfers durchgeführt wurden, in dieser feierlichen Erklärung von London als ungültig erklärt wurden. (Lebhafter Beifall.) Was war denn schließlich Österreich als Ganzes? Es war eben auch nichts anderes als ein geraubter Staat, selbst dann, wenn der Raub äußerlich unter dem Terror der Panzer und Maschinengewehre Hitlers die angebliche Zustimmung des hilflosen Opfers gefunden hat.

Am 1. November 1943 sind die Regierungen der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten darin übereingekommen, daß Österreich, das erste freie Land, das der hitlerischen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der Nazi Herrschaft befreit werden muß. Diesem Übereinkommen ist das französische Befreiungskomitee am 18. November 1943 vollinhaltlich beigetreten. Alle alliierten Staaten haben erklärt, daß sie den sogenannten Anschluß Österreichs vom 13. März 1938, der diesem Lande von Deutschland aufgezwungen war, als null und nichtig betrachten, was die überwiegende Mehrheit des österreichischen Volkes, die vom ersten Tag der Vergewaltigung Österreichs an diesen Standpunkt vertreten hat, damals zum ersten Mal wieder aufatmen ließ. Das österreichische Volk wird diesen eindeutigen Beschluß, der gewissermaßen die Geburtsstunde des neuen Österreichs bedeutete, niemals in seiner Geschichte vergessen. In dieser Moskauer Deklaration heißt es dann weiter, daß ein

freies und unabhängiges Österreich wieder hergestellt werden soll und dem österreichischen Volk selbst, ebenso wie anderen benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit gegeben werden muß, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.

Damit, Hohes Haus, bin ich jetzt beim Kernproblem angelangt. Es handelt sich für unser neues Österreich darum, die politische Sicherheit für seine Existenz zu untermauern. Die Voraussetzung dafür ist die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz, wie es bereits in der Moskauer Deklaration festgelegt ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die Besatzungsmächte sich bemüht haben, diese wirtschaftliche Sicherheit des österreichischen Volkes in entsprechender Form zu fördern. Wenn es hie und da zu Differenzen kam, so waren dies meist nur fallweise Alltagsprobleme, die sich selbstverständlicherweise immer wieder aus der Tatsache des nicht ganz einfachen wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Besatzungsmacht und besetztem Staate ergeben. In den letzten Tagen ist nun ein Ereignis eingetreten, das über den Rahmen dieses an sich notwendigen ständigen Ausgleichs zwischen diesen beiden Gruppen auch in materieller Hinsicht weit hinausgeht und in das Gefüge der Gesamtwirtschaft Österreichs nicht nur für heute sondern auch für die Zukunft eingreift.

Wenn ich darum heute namens der gesamten Regierung offiziell zu dem letzten Befehl des Herrn Oberkommandierenden der russischen Besatzungsmacht in Österreich Stellung nehme, so tue ich dies im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung Österreichs. Es gibt gewisse Grenzen, innerhalb deren keine Regierung das Recht hat, Verpflichtungen für das gesamte Volk zu übernehmen. Ich bin mir dieser Grenzen genau bewußt und ich weiß darum auch genau, daß ich heute nicht namens einer Partei, auch nicht namens der Regierung, sondern namens des gesamten österreichischen Volkes sprechen kann, wenn ich verlange, daß die zur Debatte stehende Streitfrage zwischen der österreichischen Regierung und einer bestimmten Besatzungsmacht so rasch wie möglich geklärt werden muß. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Der Befehl des Herrn russischen Oberkommandierenden stützt sich auf die Potsdamer Beschlüsse. Ich stelle hiezu fest, daß der österreichischen Regierung bis heute der Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse offiziell nicht notifiziert wurde. (Rufe: Hört! Hört!) Wir sind also nur in der Lage, aus Zwischen-

quellen, aus Pressemitteilungen und dergleichen unsere Kenntnisse über den meritorischen Inhalt dieser Beschlüsse zu schöpfen. Daraus geht hervor, daß die alliierten Mächte grundsätzlich berechtigt sind, zugunsten ihrer Reparationsforderungen gegen Deutschland das deutsche Eigentum auch in Österreich heranzuziehen. Selbst wenn wir uns in dieser Auffassung in einem Irrtum befänden, dann müßte vorerst einmal grundsätzlich der Begriff „deutsches Eigentum“ eindeutig geklärt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Nach Ansicht der österreichischen Regierung kann als solches Eigentum in Österreich nur angesehen werden, was rechtmäßig bereits vor 1938 erworben wurde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Alles jene deutsche Eigentum, das durch Manipulationen irgendwelcher Art nach 1938, und sei es selbst unter erzwungener Zustimmung des betreffenden früheren österreichischen Eigentümers, vor allem aber auch alles jene Eigentum, das österreichisches Staatsgut war, und jenes Eigentum, das zwangsweise auf Grund politischer oder sonstiger Einflüsse der deutschen Besatzungsbehörden dem rechtmäßigen österreichischen Besitzer enteignet wurde, selbst dann, wenn der Anschein der Rechtmäßigkeit der Erwerbung gewahrt wurde, all das kann selbstverständlich niemals als sogenanntes deutsches Eigentum unter den Begriff des Teiles IV (deutsches Eigentum) der Potsdamer Beschlüsse fallen. (Lebhafter Beifall im Haus und auf der Galerie.)

Präsident: Ich bitte die Galerie, sich jeder Kundgebung zu enthalten.

Bundeskanzler Ing. Figl (fortsetzend): Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß im Laufe der deutschen Besetzung in Österreich — und die sieben Jahre Naziherrschaft in Österreich waren nichts anderes als eine deutsche Besetzung, daran halten wir grundsätzlich fest — in verschiedenen Industrien und Großbetrieben unter deutscher Führung Investitionen gemacht wurden, denn alle diese Investitionen wurden im wesentlichen mit österreichischen Arbeitern, mit österreichischem Material und sogar meist mit österreichischem Kapital und Steuergeldern durchgeführt. (Lebhafte Zustimmung.) Schon nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Rechtes gelten Vermögensübertragungen der Art, wie sie in der Nazizeit sowohl hinsichtlich des Staats- wie auch des Privateigentums durchgeführt wurden, ab initio als null und nichtig, ein Grundsatz, dem sich ja, wie ich bereits sagte, die Londoner Konferenz vom 5. Jänner 1943 über zwangsweise Vermögensübertragungen auf vom Feinde besetzten Gebieten eindeutig angeschlossen hat.

Es ist also — ich stelle hiemit ausdrücklich fest, daß wir das Recht der Sowjetunion auf Grund der Potsdamer Beschlüsse in keiner Weise bestreiten wollen — festzustellen: Was ist reichsdeutsches Eigentum? Auf Grund unserer Rechtsauffassung in Österreich verstehen wir unter reichsdeutschem Eigentum jene Liegenschaften, die rechtliches Eigentum physischer reichsdeutscher Angehöriger sind oder durch solche Angehörige unter der Kontrolle juristischer Personen stehen, soweit sie nicht erst nach dem März 1938 durch irgendwelche Manipulationen seitens des Staates, seitens irgendwelcher Behörden oder auch sozusagen freiwillig, das heißt unter dem Zwang der Knute des Hitlerterrors in reichsdeutsches Eigentum übergegangen sind. (Zustimmung.) Praktisch bedeutet dies also, daß wir nur jenes deutsche Eigentum als solches anerkennen, das bereits vor dem März 1938 in den Besitz von deutschen Staatsbürgern übergegangen ist, denn alles, was nachher an Vermögensübertragungen, an Beschlagnahmen, an Enteignungen und an sonstigen Verfügungen hinsichtlich des österreichischen Eigentums vorging, müßte in jedem einzelnen Falle darauf genauestens untersucht werden, ob dieses angebliche Eigentum von seinen neuen deutschen Eigentümern rechtmäßig erworben ist oder nicht. Soweit uns die Potsdamer Beschlüsse bekannt sind, wissen wir, daß unrechtmäßig durch Deutsche erworbener Besitz in Österreich nicht der Beschlagnahme auf Grund der Potsdamer Beschlüsse unterliegt, da diese Güter wieder ipso jure an ihren ursprünglichen Eigentümer, also an den Österreicher oder den Angehörigen der Vereinten Nationen oder an die Neutralen zurückfallen. Wenn nun insoweit der derzeit depostierte Eigentümer seinerzeit für die erzwungenen Vermögensübertragungen ein Entgelt erhielt, müßte wohl theoretisch dieses Entgelt dem deutschen Erwerber zufließen, wogegen freilich, und dies ist der Standpunkt der österreichischen Regierung, die Höhe der Anspruchsrechte Österreichs gegen Deutschland zur Deckung seiner eigenen Refundierungsansprüche spricht. Man darf nicht vergessen: als Österreich vergewaltigt wurde, da waren wir ein zu unserer territorialen Größe verhältnismäßig reiches Land, aber es wurde nicht nur unser Goldbestand, sondern es wurden auch unsere Naturschätze und unsere Lebensmittel in weitestem Maße geplündert. (Zustimmung.) Die österreichische Regierung denkt nicht daran, ihre Ansprüche aus diesem Titel an das sogenannte Reich aufzugeben (lebhafter Beifall), sondern wir werden zu gegebener Zeit auch damit vor die Öffentlichkeit treten, denn alles, was uns damals ge-

stohlen wurde, war in zwanzigjähriger Arbeit von österreichischen Arbeitern, Bauern und Bürgern unter großen Schwierigkeiten und Nöten erarbeitet worden. (Erneuter Beifall.)

Was nun unsere unmittelbare Stellungnahme zu der Forderung des obersten Befehlshabers der russischen Besatzungsmacht anlangt, darf ich folgendes sagen: Seitdem der Text der Potsdamer Beschlüsse, wenn auch nur inoffiziell, bekanntgeworden war, hatte die Provisorische Staatsregierung und später die Bundesregierung sich bemüht, Klarheit über den Begriff „deutsches Eigentum“ zu schaffen. Im wesentlichen hat hierbei die Bundesregierung sich an folgende Grundsätze für die Klärung der Frage, was deutsches Eigentum in Österreich ist, gehalten:

1. Alle erst während der deutschen Besetzung unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs durch das Deutsche Reich erfolgten Vermögensübertragungen sind null und nichtig, weshalb solche Vermögen nicht als deutsches Eigentum im Sinne der Potsdamer Beschlüsse anerkannt werden können.

2. Von denjenigen Vermögenswerten, die schon vor dem 13. März 1938 im deutschen Eigentum, das heißt im Eigentum von juristischen oder natürlichen Personen mit dem ordentlichen Wohnsitz in Deutschland gestanden sind, müssen im Sinne der Moskauer Deklaration Österreich so viele Vermögenswerte überlassen bleiben, als es zur Wiederaufrichtung und Führung seiner Friedenswirtschaft benötigt.

3. Aber auch bei den während der Besatzungszeit Österreichs neu entstandenen sogenannten deutschen Vermögenswerten muß berücksichtigt werden, daß diese zum überwiegenden Teile mit aus Österreich eingebrachten Steuermitteln, mit österreichischen Rohstoffen und österreichischen Arbeitskräften geschaffen wurden. Außerdem muß auch ein Teil dieser Vermögensschaften Österreichs als Ersatz für zerstörte Objekte erhalten bleiben, um in gewissen Produktionszweigen eine Deckung des Friedensbedarfes in Österreich zu ermöglichen.

4. Nach den Potsdamer Beschlüssen kann als deutsches Eigentum nur angesehen werden, was sich physisch in den einzelnen Zonen befindet.

5. Aus demselben Grunde können Kredit- und Versicherungsgesellschaften nicht als deutsches Eigentum im Sinne der Potsdamer Beschlüsse angesehen werden, da ja das Recht zur Beschlagnahme von der physischen Lage der der Beschlagnahme unterworfenen Vermögenswerte abhängt und eine solche Lokalisierung sich bei den genannten Insti-

tuten von selbst verbietet. Überdies gehören, wirtschaftlich gesehen, Kreditinstitute viel weniger den deutschen Aktionären als den österreichischen Einlegern und Versicherten. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Grundsätze hat die Bundesregierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit vertreten und auch im Jänner laufenden Jahres in einem offiziellen Memorandum, das dem Alliierten Rat für Österreich überreicht wurde, ausführlich niedergelegt.

Unter diesen Umständen drängt sich die Frage auf: Was hätte es denn für einen Sinn, einerseits im Sinne der Londoner Erklärung unter Druck vorgenommene Vermögensübertragungen für null und nichtig zu erklären, andererseits aber die auf diese Weise der österreichischen Volkswirtschaft wiedergegebenen Vermögenswerte dieser neuerdings zu entziehen? Und ich frage weiter: Was hätte die Moskauer Erklärung der Großmächte überhaupt für einen Sinn, wenn man zwar auf der einen Seite ein freies, unabhängiges Österreich wieder herstellen will, um ihm auf der anderen Seite die Möglichkeiten zu nehmen, deren es als dauernde Grundlage einer selbständigen Wirtschaft bedarf? (Zustimmung.)

Auch später blieb die Bundesregierung weiterhin bemüht, die Anerkennung dieses Standpunktes im Verhandlungswege zu erreichen. Zuletzt hat die Bundesregierung in einem konkreten Fall, nämlich anlässlich der Beschlagnahme der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft durch die UdSSR, den sowjetischen Militärbehörden vorgeschlagen, die Frage der Auslegung des Begriffes des deutschen Eigentums durch direkte Verhandlungen zu klären. Dieser Vorschlag wurde von russischer Seite angenommen. Die Verhandlungen finden seit Mitte Mai statt und schreiten befriedigend fort.

Die Erklärung des Stellvertreters des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Österreich, des Generalmajors Zinjaw, einem Vertreter der TASS-Korrespondenz gegenüber scheint nicht den Kern der Sache zu treffen. Auf die Frage, was im Sinne der Potsdamer Erklärung als deutsche Vermögenswerte in Österreich anzusehen wäre, lautete die Antwort:

1. Alle Vermögenswerte auf österreichischem Boden, die deutschen physischen oder juristischen Personen bis zum Jahre 1938 gehört haben.

Dieser Auffassung steht jene der Bundesregierung entgegen, wonach auch unbestreitbar deutsches Eigentum dann nicht beschlagnahmt werden soll, wenn es für die österreichische Friedenswirtschaft unentbehrlich ist.

2. Werden von Generalmajor Zinow als deutsches Eigentum alle jene Vermögenswerte bezeichnet, die während der Besetzung Österreichs von den Deutschen geschaffen wurden.

Auch dieser Auffassung kann die Bundesregierung aus den bereits angeführten Gründen nicht voll und ganz beipflichten, denn das meiste, was die Deutschen während ihrer Besetzung in Österreich geschaffen haben, ist wirtschaftlich auf die Rechnung Österreichs zu setzen.

3. Vermögenswerte, die von Deutschen in Österreich nach 1938 gekauft wurden, wenn ihre früheren Besitzer beim Kauf und Verkauf den Preis erhielten, der dem Wert des entsprechenden Vermögens entspricht.

Auch diese Antwort übersieht die nach der Besetzung in Österreich herrschenden Zustände.

Die deutschen Behörden haben sofort nach der Besetzung die auf Gold beruhende, im Ausland vollwertige Schillingwährung durch ihre Papiermarkwährung ersetzt, die im Auslande zu den offiziellen Kursen überhaupt nicht anzubringen war. Überdies wurde von Berlin ein höchst ungünstiger Umrechnungskurs diktiert. Die deutsche Besetzung gab daher das Signal zur Flucht in Sachwerte. Freiwillige Verkäufe größerer Anlagen fanden damals auch zwischen Österreichern so gut wie nicht mehr statt, und wäre es auch nur, weil die Verkäufer nie wußten, was sie mit der Papiermark anfangen sollten. Die Unlust zu Verkäufen wurde noch durch die Stoppreise erhöht, die im wahren Mißverhältnisse zum inneren Werte der verkauften Anlagen standen. Trotz Vorliegens eines äußerlich in Ordnung erscheinenden Kaufvertrages fehlt den meisten dieser Verträge die wahre Einwilligung zum Verkaufe. Sehr richtig heißt es daher in der obgenannten Londoner Erklärung, daß auch „anscheinend legale Transaktionen, sogar wenn sie äußerlich mit Zustimmung des Opfers durchgeführt worden sind, null und nichtig“ sein können.

Es ist absolut richtig, und ich stelle dies ausdrücklich namens der österreichischen Regierung fest, daß jede alliierte Macht das Recht hat, dasjenige echte deutsche Eigentum, das in ihrer Besatzungszone liegt, zu beschlagnahmen. Es ist also selbstverständlich, daß auch die russische Besatzungsmacht das Recht hat, in ihrer Besatzungszone echtes deutsches Eigentum für sich in Anspruch zu nehmen. Nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens steht anscheinend der Besatzungsmacht nicht das Recht zu, Eigentum, das sich de facto außerhalb dieser Besatzungszone befindet, im Wege der Über-

nahme von geschriebenen Besitztiteln für sich in Anspruch zu nehmen. Daraus allein ergibt sich schon, daß eine ganze Reihe von Institutionen, deren wirtschaftliche Tätigkeit über den Bereich einer territorialen Besatzungszone hinausreicht, wo also die physische Lage des Eigentums ungeklärt ist, überhaupt nicht in den Bereich von Maßnahmen einer einzelnen Besatzungsmacht gezogen werden kann. Wenn ich hier ein Beispiel sagen darf, so bin ich der Meinung, daß dies bei Banken und Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und überhaupt bei allen jenen Unternehmungen zutrifft, deren wirtschaftliche Auswirkung über den Rahmen der Zone einer einzigen Besatzungsmacht hinausreicht. (Zustimmung.)

Schließlich darf ich noch zum Schluß hier in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß in der Pariser Reparationskonferenz im Dezember 1945, also vor einem halben Jahr, in Auslegung der Potsdamer Beschlüsse festgelegt wurde, daß der frühere Inhaber eines Unternehmens, in unserem Falle also der österreichische Besitzer, nur zu beweisen brauche, daß der bezügliche Besitz oder die bezüglichen Güter vor der Befreiung sein persönliches Eigentum waren. Der neue Inhaber dagegen, also der von der Besatzungsmacht eingesetzte, hat zu beweisen, daß der Besitz oder die betreffenden Güter durch einen regulären Kontrakt erworben wurden, das heißt also praktisch, daß bis zur Vorlage dieses Beweises der alte österreichische Besitzer als der rechtmäßige Eigentümer anzusehen ist.

Und nun darf ich zum Schluß noch eines sagen. Dank des Alliierten Rates und der Herren Oberkommandierenden der alliierten Mächte in Wien, denen ich bei dieser ersten offiziellen Gelegenheit, die sich mir bietet, namens der österreichischen Regierung auch offiziell danken möchte, ist das neue, freie und unabhängige Österreich wieder ein ganz gewaltiges Stück im Kampfe um seine endgültige Souveränität weiter gelangt. Das neue Kontrollabkommen für Österreich, das in diesen Tagen abgeschlossen wurde, ist ein ganz neuer und großer Fortschritt Österreichs in seine endgültige Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Ich fühle mich verpflichtet, gerade heute den alliierten Mächten für diesen neuen Vertrauensbeweis für das österreichische Volk zu danken. Ich weiß, daß die alliierten Mächte genau so wie wir, die österreichische Regierung und die freigewählten Vertreter des österreichischen Volkes hier in diesem Hause, wissen, daß uns dieser Vertrauensbeweis neue Verpflichtungen auferlegt, Verpflichtungen, die darauf gegründet sind, daß wir selbst mitarbeiten an dem neuen Aufbau und der Existenzmöglichkeit unseres Vaterlandes.

Wir wollen dies auch und wir werden dies auch tun. Gerade das Kontrollabkommen gibt uns hierzu weitgehende Möglichkeit, denn es schreibt zum Beispiel im Artikel 1 b vor, daß bezüglich der Frage des deutschen Eigentums (Artikel 5) weder die österreichische Regierung noch irgendeine untergeordnete Behörde ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Alliierten Kommission Maßnahmen ergreifen darf.

Angesichts der Tatsache, daß für einen politisch und wirtschaftlich unabhängigen Staat entsprechende wirtschaftliche Grundlagen vorhanden sein müssen, angesichts der Tatsache, daß die Londoner Deklaration besagt, daß alle unter Besatzungsdruck vorgenommenen Vermögensübertragungen als null und nichtig anzusehen sind; angesichts des erwähnten Kontrollabkommens und schließlich angesichts der wiederholten Bemühungen der österreichischen Regierung, im Verhandlungswege eine Klarstellung des Begriffes „deutsches Eigentum“ in einer für ein freies und unabhängiges Österreich tragbaren Form zu finden, glaubt die Bundesregierung, von sich aus alles getan zu haben, um diese Frage einer dem Wiederaufbau Österreichs gewährleistenden Regelung zu unterziehen, und nichts außer acht gelassen zu haben, was diesem Ziele dienlich sein könnte. Die Bundesregierung bittet daher das Hohe Haus, die Haltung der Regierung in dieser Frage zu billigen und der von ihr zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung beizupflichten.

Eines möchte ich hier eindeutig feststellen: Österreichs Regierung hat sich ehrlich und aufrichtig bemüht, wieder die Grundmauern zu schaffen für den Neuaufbau dieses Staates. Wir wissen genau, daß wir erst am Anfang sind und daß wir noch vieles leisten müssen. Wir wollen es gerne und mit Freude tun, und zwar nicht allein in unserem eigenen Interesse, nein, wir werden und wollen es tun im Interesse der Befriedung Mitteleuropas und damit ganz Europas. Die Voraussetzung hierfür ist, daß man uns den Hammer, die Schaufel und die Pflugschar nicht wegnimmt. Das ist das einzige, um was wir die alliierten Mächte bitten. Das heißt also: wir bitten um nichts anderes als um das eine: Laßt uns Österreicher arbeiten! (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Galerien.)

Präsident: Ich bitte zum wiederholten Male die Galerie, sich jedweder Kundgebung zu enthalten!

Bundeskanzler Ing. **Figl:** Hohes Haus! Ich bitte Sie um Ihre Stellungnahme.

Auf Antrag des Abgeordneten Ing. Raab beschließt das Haus einstimmig, über die Regierungserklärung die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Es ist mir ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Ing. Raab, Speiser und Genossen zugekommen. Er hat folgenden Wortlaut (liest):

„Der Nationalrat nimmt den von der Bundesregierung erstatteten Bericht zur Kenntnis. Er billigt den dargelegten Standpunkt in der Frage der Auslegung der Potsdamer Beschlüsse und ist mit dem bisherigen Vorgehen der Bundesregierung und ihren Bemühungen, eine die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs verbürgende Auslegung derselben zu finden, einverstanden.“

Der Nationalrat ersucht die Bundesregierung, diesen Standpunkt dem Alliierten Rat für Österreich zur Kenntnis zu bringen sowie den Behörden und der Bevölkerung die erforderlichen Mitteilungen und Anweisungen zukommen zu lassen.“

*

Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Abg. Speiser: Hohes Haus! Der Nationalrat ist von seinem Präsidenten in außerordentlicher Art zu dieser heutigen Sitzung einberufen worden, um den Bericht der Bundesregierung in einer der wichtigsten Fragen entgegenzunehmen, die es für Österreich gibt, in einer wahren und wirklichen Lebensfrage für unseren Staat, in der Frage der Auslegung der Potsdamer Beschlüsse.

Die Potsdamer Beschlüsse besagen, soweit wir sie kennen, daß zur Wiedergutmachung Deutschland mit seinen Guthaben auch in den besetzten Ländern heranzuziehen sei. Wir sind der Auffassung, daß Österreich nur in diesem Sinn auch zur Wiedergutmachung im Sinne der Potsdamer Beschlüsse herangezogen werden kann. In Potsdam kam ein Vertrag der vier Mächte über die Behandlung Deutschlands zustande. Wir sind der Ansicht, daß dieser Vertrag für Österreich nicht bindend ist. Wir warten auf unseren Staatsvertrag, der auch diese Frage endgültig regeln wird. (Starker Beifall bei den Abgeordneten der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.) Da wir ein erobertes Land und kein kriegführender Staat waren, müssen erst durch diesen Staatsvertrag Beschlüsse für uns in rechtliche Wirkung gesetzt werden. Die Anwendung der Potsdamer Beschlüsse in vollem Umfang, wie sie vielfach den Befürchtungen der österreichischen Bevölkerung entsprechen würde, wäre jedoch so viel wie Reparationen, die man

*

Österreich doch nach ausdrücklichen Erklärungen ersparen will. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten und den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Aber immer wieder taucht diese schreckliche Frage auf: Was wird mit unserem österreichischen Eigentum? Wie sollen wir den Verpflichtungen gegen die Opfer des illegalen Kampfes gegen die Nazi nachkommen? Wie sollen wir unseren Verpflichtungen gegenüber den so grausam verfolgten und ausgeraubten Juden nachkommen? Bleibt uns wenigstens das durch den verfluchten Hitlerkrieg ohnehin so schwer zerstörte und geschädigte österreichische Eigentum? Es ist nicht richtig, daß alles, was seit 1938 in Österreich gebaut und geschaffen wurde, reichsdeutscher Besitz ist. (Erneute Zustimmung.) Mit österreichischen Mitteln wurde die Industrie ausgedehnt, die wir aus dieser verfluchten Kriegsindustrie wieder zu einer Friedensindustrie umstellen wollen, damit dieses österreichische Volk leben könne. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.) Das geraubte Gold und die Valuten aus unserer Nationalbank, das Geld unserer Sparkassen und Hypothekenanstalten, das Geld unserer österreichischen Banken und Versicherungsanstalten, das Geld unserer Sozialversicherungsinstitute (stürmische Zustimmung bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei), in denen die Spargroschen der Ärmsten für ihre eigenen Arbeitsbrüder und Arbeitsschwestern lagen, das Geld für unsere Renten, die wir nun nicht mehr bezahlen können, das Geld der Pensionskassen, die ihre Leistungen nicht mehr vollbringen können und für die öffentliche Körperschaften einspringen müssen, unser ganzes Kapital und alle die Steuergelder der österreichischen Bevölkerung aus den Zeiten der Hitler-Besetzung Österreichs: das alles steckt in dem, was nunmehr plötzlich reichsdeutsches Eigentum sein soll! (Anhaltender stürmischer Beifall bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.)

Ich will auch ein Wort vom Eigentum sprechen, das die Reichsdeutschen den österreichischen Juden und damit auch uns, dem österreichischen Staat und dem österreichischen Volk, geraubt haben. Das Eigentum der österreichischen Juden ist vom Deutschen Reich einfach annektiert worden. Beim Grenzübergang wurden die Juden ihrer Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt, und ihr Vermögen wurde zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen. Auch den Juden, die in Österreich lebten und tschechoslowakische Staatsbürger waren, ist es genau so

ergangen. Die Betriebe der Juden wurden geschätzt, der Erwerber zahlte irgendeinen Preis. Alles war, wie wir wissen, tief, tief unter dem wirklichen Wert. Oft waren es lächerliche Beträge, die da erschätzt wurden. So wurden den Juden ihre Betriebe und ihre Häuser abgepreßt und im wahrsten Sinne des Wortes gestohlen. Aber heute ist das alles sehr schwer nachweisbar. Und nun frage ich: Soll dieses österreichische Vermögen, dessen Besitzer zufällig Juden waren, nun plötzlich alles verloren sein, weil es Hitler-Deutschland geraubt hat? Das kann nicht sein! (Lebhafte Zustimmung bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.)

Und noch etwas Bedeutsameres: Die Aktien der österreichischen Juden wurden an der Berliner Börse verkauft, sie wurden im eigentlichen Sinne des Wortes verschleudert! Auf diese Weise sind Aktienpakete großer Unternehmungen „gegen Entgelt“ in deutsche Hand geraten.

Und was haben die deutschen Eroberer, ihre bald bei uns allen in Österreich verhaßte zweite und dritte kaufmännische Garnitur, die aus dem Norden zu uns herkam, sonst noch alles getan? Sie haben vielen Besitzern von kleinen österreichischen Betrieben ihre Wirtschaften, Häuser, landwirtschaftlichen Besitzungen einfach abgelistet. Jetzt aber steht das gesamte österreichische Staatseigentum im Grundbuch als Eigentum des Deutschen Reiches eingetragen! Nicht aber stehen dort jene zwei Milliarden Gegenforderungen, die Österreich an Deutschland für das Gold und die Valuten der Nationalbank und für ausländische Wertpapiere hat. (Beifall bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.) Nicht aber steht dort die eine Milliarde für Waren, die Österreich an Deutschland geliefert, aber niemals bezahlt bekommen hat. So kam nicht nur alles österreichische Staatseigentum, nicht nur das Eigentum von in- und ausländischen Juden in Österreich in deutsches Eigentum, so kam bald unsere gesamte Wirtschaft in das reichsdeutsche Eigentum, und so müssen wir heute um unsere gesamte österreichische Wirtschaft kämpfen. (Erneuter lebhafter Beifall bei den Sozialisten und der Österreichischen Volkspartei.)

Niemand hatte damals bestimmte Vorstellungen davon, was wirklich vorging. In Ungarn, Rumänien und so weiter ist der deutsche Besitz aus dem allgemeinen Besitz viel leichter herauschälbar — Österreich allein hatte ja das Unglück, mit Gewalt zum Deutschen Reich geschlagen zu werden —, dort mußte das eigentlich geraubte Eigentum wenigstens diesen Staaten übergeben werden.

Hohes Haus! Es handelt sich bei der heutigen Kundgebung des Nationalrates — denn so kann ich wohl die heutige Sitzung nennen — nicht etwa um einen Appell an das große Sowjetrußland allein. Wir kennen heute schon die Bedeutung der Potsdamer Beschlüsse, über die wir so lange im Unklaren waren, und wenn wir sie auch bis heute nicht authentisch vor uns liegen haben, so wissen wir doch, daß für das östliche Österreich besondere Bestimmungen gelten. Aber die Bestimmungen für die anderen Zonen Österreichs sind ebenso wichtig, denn wir stehen in allen Zonen vor dem gleichen Problem. Der Erzberg, die Alpine Montangesellschaft, die Steyrerwerke sind uns ebenso wichtig wie alle die Unternehmungen in Wien und in Niederösterreich! (Anhaltender Beifall bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.) Wir werben um Verständnis für unsere Lebensnotwendigkeiten bei allen Besatzungsmächten. (Zustimmung.) Wir haben es oft gesehen, daß sich auch das große Sowjetrußland gewichtigen Argumenten beugt. Wir sehen dies in der Weltpolitik. Wir, besonders wir Sozialisten, haben es mit Freuden gesehen, daß Sowjetrußland dem widerstrebt, was unrecht ist. Wir begreifen es, daß jeder für sein Land herausholen will, was er kann, aber den großen Ausgleich wird, so wie für die großen Länder der Erde auch für die kleinen, das Urteil der gesamten Welt bringen. (Starker Beifall bei den Sozialisten und den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Wir Sozialisten, wir Mitglieder der Sozialistischen Partei und meine Sozialistische Fraktion in diesem Hause, bekamen Furcht vor dem langen Schweigen, als es in Österreich und mit Österreich, mit unserem Staatsvertrag und mit unserer Aufnahme in die UNO nicht vorwärtsgehen wollte. Meine Partei packte im Rahmen eines Programms zur Lösung der brennendsten Fragen auch die heute auf der Tagesordnung stehende Frage an. Wir warben um die Aufmerksamkeit der großen Mächte für unsere Sorgen und unsere Nöte! Wir warben um Rußland und England, um Amerika und Frankreich. Wir sind ja ein so kleines und armes Land — es gibt zweitausend Millionen Menschen auf der Erde und nur sechs Millionen Menschen leben davon in Österreich — aber wir sind doch ein arbeitsames und wackeres, ein dem Fortschritt und der freien Entwicklung zugewandtes Land! (Stürmischer Beifall bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.) Und wir sind, wie die Wahlen gezeigt haben, ein zur Hälfte sozialistisches Land! (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Wir Sozialisten freuten uns zu spüren, wie die Welt aufhorchte, als wir nach einer Periode der Verzagtheit frischer und lauter von unseren Nöten zu sprechen begannen. Und auch diesmal, in dieser heutigen Frage, mit der sich der Nationalrat nun beschäftigt, der Frage des sogenannten deutschen Eigentums in Österreich, haben wir es gesehen, daß das große russische Volk, das selbst in dreißigjähriger harter Aufbauarbeit Bewunderungswürdiges geleistet hat, schon auf den ersten Notruf des kleinen österreichischen Volkes gehört hat, und nach dem aufregenden Tagesbefehl des Generalobersten Kurassow kam schon das TASS-Gespräch des Generalmajors Zinjaw, das uns wenigstens wieder ein wenig aufatmen ließ. Mit Freude haben wir dem Bericht der Regierung entnommen, daß über die Frage der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft schon verhandelt wird und daß die Verhandlungen befriedigend fortschreiten.

So rufen wir auch heute, indem wir mit Freude konstatieren, daß uns auch die anderen großen Völker ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung widmen wollen, aus: Ihr alle, helft dem österreichischen Volk der Arbeiter und Bauern, der Angestellten und kleinen Leute! Die Großen und Reichen sind ja ohnehin geflohen (Zustimmung), und wenn sie wiederkommen wollen, dann werden wir uns ihrer zu erwehren wissen. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.) Wir rufen den Völkern zu: Nehmt uns auf in die UNO! Gebt uns unseren Staatsvertrag! Laßt uns leben! (Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.)

Wir werden unser Volk zu harter, aber zukunftsfreudiger Arbeit führen. Die Welt soll nach den vielen Sorgen um Österreich wieder ihre Freude an Österreich haben. So sagt die Sozialistische Partei und in diesem Sinn hat sie ihre Anhänger zu ihrer großen Aktion aufgerufen. Wir Sozialisten kämpfen besonders auch deswegen um die Auslegung der Potsdamer Beschlüsse, weil die nun endlich in Gang kommende Verstaatlichungsaktion für die großen Betriebe auf das innigste damit verknüpft ist. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Fachleute behaupten, daß zwei Drittel der auf der so mühsam zustandegebrachten Verstaatlichungsliste stehenden Betriebe dieser großen Aktion verloren gingen (Rufe: Hör! Hör!), wenn die Bestimmungen so durchdringen würden, wie dies von uns verlangt wird. Aber irgendetwas muß ja doch nach einer solchen Riesenkatastrophe dem Arbeitervolk zum Schluß verbleiben, und so soll es doch wenigstens diese Verstaatlichungsaktion sein, und so

sollen wir doch wenigstens die großen Betriebe in österreichischen Händen behalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Wir sind die letzten, die die Schwierigkeiten unterschätzen, die die Verstaatlichung der großen Betriebe auch für unsere Partei bringen wird, aber wir arbeiten für die Zukunft. Wie unsere Arbeiter vom April 1945 an ihre zerstörten Betriebe wieder aufgebaut haben, so werden sie auch für das erste große Werk der Sozialisierung, um das wir so viele Jahrzehnte und jetzt zum Schluß so viele Monate gerungen haben, weitere Opfer auf sich nehmen, wenn es notwendig ist. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Wir kämpfen aber auch dafür, daß Österreich in allen Zonen seine Maschinen und Fabriken in seinem Eigentum behält, besonders, daß es seine Bodenschätze, sein Erz und sein Öl wieder bekommt, weil wir uns nur so unser eigenes freies Leben aufbauen können. Weder Aktien noch Bohrtürme sollen einem Volk das nehmen können, was in seinem Boden liegt. (Anhaltende Bravo-Rufe bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.) Wir wollen in Freiheit leben können und wir wollen uns selbst helfen und selbst ernähren, aber wie sollen wir das tun, wenn wir nicht unsere eigene Wirtschaft haben? Wir wollen nicht um Gnade flehen, wir wollen nicht auf Gnade angewiesen sein. Darum erwarten wir, daß die Vereinten Nationen uns, unserem Lande, unserem Österreich, endlich sein Recht geben. (Beifall.)

Unsere österreichische Regierung, in der alle drei demokratischen Parteien zusammenwirken, mußte erklären, daß sie den Befehl über die Auslegung des Begriffes des deutschen Eigentums in Österreich nicht anerkennen könne. Sie appelliert an die Entscheidung des Alliierten Rates, sie will durchsetzen, daß in dieser für Österreich lebenswichtigen Frage eine neue Auslegung gefunden werde. Es muß festgestellt werden, was deutsches Eigentum ist.

Die Regierung wünscht, vom Parlament ihre Auffassung bestätigt zu bekommen. Meine Fraktion hat diesen Standpunkt von Anfang an vertreten. Meine Partei hat seit Monaten zur Durchsetzung dieses Standpunktes eine große Volksbewegung entfacht. Wir freuen uns der ersten Erfolge, die sich schon zeigen. Schon haben wir neue Hoffnung geschöpft. Wir hoffen auf eine für uns günstige Auseinandersetzung in einem rechtlichen Verfahren. Wir billigen die Haltung der Regierung in der Frage der Auslegung der Potsdamer Beschlüsse für Österreich und

treten der von ihr zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung bei. Wir werden für die eingebrachte Resolution stimmen.

Als wir noch als Schwarz Hörer am Radio saßen, als wir die Beschlüsse von Teheran hörten, als wir von der Londoner Deklaration und der Moskauer Deklaration erfuhren, als wir die Berichte über die Jalta-Krim-Konferenz hörten, wie haben wir alle ihnen mit Freude gelauscht. Die Potsdamer Beschlüsse werden noch, so hoffen wir, ihre gerechte, zu den anderen Konferenzen der großen Mächte passende Auslegung finden. (Beifall bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei.)

Die großen Alliierten boten uns, dem österreichischen Volk, durch ihre Sender während des Krieges Freiheit, Frieden und Brot. Wir hoffen, daß dieses Angebot seine Erfüllung finden wird. Wir hoffen, daß das freiheitsliebende russische Volk uns das Recht gewähren wird, das uns gebührt, daß es unseren Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit unterstützen wird, denn Gerechtigkeit hat eine Riesenkraft in sich, das hat auch dieser letzte große Krieg bewiesen! (Lebhafte Zustimmung.) Wir hoffen, daß der Potsdamer Vertrag, in seinen Auswirkungen über alle Zonen reichend, auch durch die Unterstützung Amerikas, das vor 170 Jahren seine Freiheit erobert und seine Wirtschaft auf dieser Freiheit aufgebaut hat, durch die Unterstützung Englands, das die Freiheit in viele Teile der Welt getragen hat und das gerade jetzt in Indien das Werk der Freiheit baut, durch die Unterstützung Frankreichs, das die Mutter der kontinentalen Revolutionen und der kontinentalen Demokratie ist, daß die Potsdamer Beschlüsse durch die Hilfe aller dieser vier Großmächte die für Österreich notwendige und mögliche Auslegung finden werden.

Ein Parlament ist dazu da, daß es manchmal auch über die Abgeordneten hinaus zum ganzen Volke spricht, wenn die Zeit der Not da ist. Schon einmal hat vor einigen Monaten in diesem Parlament einer meiner Parteifreunde, der Abgeordnete Seitz (lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Sozialisten), hier einen Ruf ausgestoßen, der vielleicht außerhalb des Parlaments größeren Anklang gefunden hat als im Parlament selbst (erneuter lebhafter Beifall bei den Sozialisten), den Ruf nach Freiheit! Und ich als sein bescheidener Schüler erlaube mir heute den Ruf auszustoßen, daß man uns unsere wirtschaftliche Zukunft gönnen möge, daß zur Freiheit das Brot kommen möge, denn Brot ist Freiheit — Freiheit Brot! (Lebhafter, langanhaltender Beifall und

Händeklatschen bei der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei. — Redner wird beglückwünscht.)

(Während vorstehender Ausführungen hat Präsident Böhm den Vorsitz übernommen.)

Abg. Fischer: Hohes Haus! Wir stehen vor einer großen und ernsten Entscheidung. Wir haben nicht zu entscheiden, was wir wollen, denn darin stimmen wir alle überein: wir wollen das Höchstmaß des Möglichen für Österreich, für seine Wirtschaft und staatliche Entwicklung durchsetzen. Wir müssen jedoch entscheiden, wie wir zu Werke gehen wollen, welcher Weg den Erfolg verspricht. Je nüchterner wir die Lage einschätzen, je genauer wir jedes Für und Wider abwägen, desto besser werden wir den Interessen Österreichs dienen, den Interessen unserer vielgeprüften Heimat, für deren Freiheit und Zukunft Tausende unserer besten Genossen unter dem deutschen Beil gestorben sind.

Es geht hier um die Frage des deutschen Eigentums in Österreich und nicht nur um das, sondern auch um die Frage unserer Beziehungen zur Sowjetunion, die der Außenminister vor kurzer Zeit mit Recht als die Zentralfrage unserer Außenpolitik bezeichnet hat. Die Sowjetunion hat angekündigt, daß das deutsche Eigentum im Osten Österreichs in ihren Besitz übergehe. Das ist kein Blitz aus heiterem Himmel, sondern ein Ereignis, das schon lange seinen Schatten vorauswarf. Die Potsdamer Beschlüsse, auf die sich die Sowjetunion stützt, waren ja kein Geheimnis. Nach diesen einmütigen Beschlüssen der Großmächte wird deutsches Eigentum jenseits der deutschen Grenzen als Reparationsgut angesehen. Niemand kann das moralische Recht der von Hitler-Deutschland mit Krieg überzogenen, verwüsteten und ausgeplünderten Länder auf wenigstens teilweise Wiedergutmachung bestreiten und niemand kann leugnen, daß die Sowjetunion im Kriege der Völker gegen die deutschen Henker die größten Opfer brachte und den schwersten Schaden erlitt.

In den meisten Ländern wurden die Potsdamer Beschlüsse schon vor Monaten durchgeführt. In Österreich hat die Sowjetunion am längsten zugewartet. Es war für jeden politisch denkenden Menschen offenkundig, daß die Sowjetunion bereit war, uns in dieser Frage weitgehend entgegenzukommen. Das Angebot an die Provisorische Regierung über die Errichtung einer österreichisch-russischen Erdölgesellschaft in Zistersdorf war ein gewisses Zeichen dieser Bereitschaft. Wir Kommunisten haben es damals für einen folgenschweren Fehler gehalten, das Angebot mit der Begründung zurückzuweisen, daß in Zistersdorf ausländische Kapitalsansprüche

bestehen. Wir sind auch heute der Meinung, daß es für Österreich, für seine wirtschaftliche und außenpolitische Entwicklung ungemein besser gewesen wäre, das Angebot anzunehmen. (Widerspruch.) Der Fehler ist geschehen. Was aber haben die verantwortlichen österreichischen Staatsmänner seither unternommen, um in der Frage der Potsdamer Beschlüsse eine für Österreich günstige und annehmbare Lösung herbeizuführen? Ich kann mit dem Herrn Bundeskanzler nicht übereinstimmen, wenn er sagt, die Regierung habe sich in dieser Richtung nichts vorzuwerfen.

Über die Potsdamer Beschlüsse wurde schon sehr viel gesprochen und geschrieben. Es war ein unerschöpfliches Thema der Agitation und Propaganda. Was aber ist praktisch geschehen? So gut wie nichts, zum Teil schlimmer als nichts. Die Staatspolitik hat vor der Agitation kapituliert. Man hat sich formalistisch darauf berufen, die Potsdamer Beschlüsse seien der Regierung offiziell nicht bekanntgegeben worden. Man hat an diesen Beschlüssen juristisch herumgetüftelt, man hat fragwürdige völkerrechtliche Untersuchungen angestellt. Man hat versucht den Eindruck hervorzurufen, die Westmächte würden die Durchführung der gemeinsam gefaßten Beschlüsse durchkreuzen. Mit solchen polemischen Spiegelfechtereien hat man die Zeit vergeudet, anstatt rechtzeitig direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion anzubahnen, ihren Standpunkt kennenzulernen und unsere berechtigten Wünsche vorzubringen. Es war und ist eine Illusion, wenn wir uns für kompetent und stark genug halten, die Potsdamer Beschlüsse umzustößen. Es wäre daher eine politische Klugheit gewesen, wenn wir von Anfang an unsere Kräfte darauf konzentriert hätten, eine möglichst günstige Auslegung der Potsdamer Beschlüsse für uns zu erwirken.

Auch der Herr Bundeskanzler hat das Recht der Sowjetunion nicht bestritten, wirklich deutsches Eigentum für sich zu beanspruchen. Es war also stets die Zentralfrage: Was ist wirklich deutsches Eigentum? Anstatt die Potsdamer Beschlüsse im Bausch und Bogen abzulehnen, wäre es zweckmäßig gewesen, diese Frage zu lösen, von der Sowjetunion zu erfahren, was sie eigentlich unter deutschem Eigentum versteht, und zu trachten, den eigenen Standpunkt bis an die Grenze des Möglichen durchzubringen. Der russische Generalmajor Zinnow hat vor zwei Tagen in einem Interview klipp und klar gesagt, was die Sowjetunion unter deutschem Eigentum versteht: Erstens das Eigentum, das schon vor 1938 deutsches Eigentum war, zweitens alle Vermögenswerte, die die

Deutschen nach der Okkupation nach Österreich brachten, sowie alle Unternehmen, die sie mit deutschem Kapital errichteten, und drittens die Vermögenswerte, die von Deutschen in Österreich nach 1938 gekauft wurden, vorausgesetzt, daß der frühere Besitzer den vollen Gegenwert als Preis erhielt.

Es wäre ohne Zweifel möglich gewesen, diese Auskunft schon vor vielen Monaten einzuholen und dadurch festen Boden für die weiteren Schritte zu gewinnen. Man hat es leider vorgezogen, die verrücktesten Gerüchte auszustreuen und der Öffentlichkeit vorzutäuschen, sogar das Gebäude des Parlamentes und das Favoritner Arbeiterheim wurden von den Russen als deutsches Eigentum beansprucht. (Zwischenrufe.)

Man wollte also nicht Klarheit, sondern man wollte im Gegenteil eine vernebelte Atmosphäre für einen propagandistischen Nervenkrieg auf Kosten der Nerven unserer Bevölkerung. Es ist der schwere Vorwurf, den ich gegen eine Reihe verantwortlicher Politiker erhebe, daß es ihnen wichtiger war, eine Kampagne gegen die Sowjetunion zu organisieren, als die österreichischen Interessen rechtzeitig und zielbewußt wahrzunehmen. (Lebhafter Widerspruch.)

Seit Monaten haben wir Kommunisten als einzigen erfolgversprechenden Weg direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion vorgeschlagen, aber anstatt direkter Verhandlungen gab es die längste Zeit Proteste, Deklarationen, Interviews, Leitartikel, Versammlungsreden, antirussische Propaganda und eine unsinnige Verschärfung der Situation. Wir haben wiederholt gewarnt. Wir haben vorausgesagt, daß diese einseitige Politik der Gehässigkeit gegen die Sowjetunion den Interessen Österreichs nicht nützen könne. Man hat uns geantwortet, das alles sei keine Agitation gegen Rußland, sondern lediglich eine Agitation für die Souveränität Österreichs. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Souveränität sagen und westliches Kapital meinen, daß es für manche darum geht, Österreich in ein Bollwerk der kapitalistischen gegen die sozialistische Welt zu verwandeln. (Neuerliche Zwischenrufe.)

Ich wäre glücklich, wenn es uns gelingen würde, die österreichische Wirtschaft restlos für Österreich sicherzustellen, aber, meine Damen und Herren, wirklich für Österreich für unser arbeitendes Volk, und nicht für ausländische Banken und Konzerne. Es gibt jedoch eigenartige Wächter unserer Souveränität, die haßerfüllt nach dem Osten starren, aber blind sind für alles, was im Westen geschieht. Wir haben von diesen ewigen Protestierern noch niemals einen

Protest gegen das Eindringen des westlichen Kapitals vernommen, sondern im Gegenteil: ein Betrieb in den Händen der sozialistischen Sowjetunion ist für sie etwas Ungeheuerliches, ein Betrieb in den Händen des westlichen Kapitals etwas außerordentlich Angenehmes.

Ich greife nur ein Beispiel von vielen heraus. Als noch zur Zeit der Provisorischen Regierung das amerikanische Filmkapital die in der amerikanischen Zone Österreichs liegenden Zentralstellen und Werkstätten der Filmindustrie übernahm und ich als Staatssekretär die Filmindustrie für Österreich zu sichern trachtete, hat mein damaliger Kollege, Minister Heindl, nicht nur nicht protestiert, sondern hinter meinem Rücken einen Vertrag mit den Amerikanern unterschrieben. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Und weiter, meine Damen und Herren. Es ist Ihnen allen bekannt, daß die Betriebe in den westlichen Zonen schon längst unter dem militärischen Kommando der Besatzungsmächte stehen, daß sie nichts ohne Genehmigung der Militärregierung produzieren dürfen. Aber Sie haben das ohne jeden Protest hingenommen. Sie protestieren, wenn die Russen in den von ihnen verwalteten Betrieben mehr Lebensmittel ausgeben, aber Sie protestieren nicht, wenn in anderen Zonen die Militärregierungen jede Erhöhung der Arbeitslöhne untersagen. Die einseitige Orientierung der großen Parteien ergibt sich schließlich mit greller Deutlichkeit aus den zwischen ihnen vereinbarten Verstaatlichungsplänen. Sie haben sich lange Zeit gelassen, ehe Sie sich an diese Lebensfrage der österreichischen Wirtschaft heranmachten. Wir Kommunisten haben eindringlich und unermüdlich eine durchgreifende Verstaatlichung gefordert. Wir haben sie vor allem darum gefordert, um rechtzeitig einen Damm zur Sicherung der österreichischen Unternehmungen aufzurichten, zur Verteidigung unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Wir sind überzeugt, daß unsere Position durch rechtzeitige Verstaatlichung der Schlüsselindustrien heute wesentlich besser wäre, daß es ein schweres Versäumnis war, so langsam hinter den Ereignissen einherzuhinken. Auf einmal, fast über Nacht, haben die beiden anderen Parteien sich verständigt. Aber für wen und gegen wen? Zur Verstaatlichung sind nach diesem Mehrheitsplan vor allem Betriebe ausersehen, die von den Russen als deutsches Eigentum beansprucht werden, aber nicht ein einziger Betrieb, an dem ausländisches Kapital interessiert ist, angefangen von den Veitscher Magnesitwerken bis zu den Werken der chemischen Industrie, den Autowerken, den Kugellagerwer-

ken und so weiter. (Zwischenrufe.) Ist das vielleicht Zufall? Wir wissen genau, daß das Absicht ist: Verstaatlichung zur Abwehr der sozialistischen Sowjetunion und zum Schutz des westlichen Großkapitals! Wir können schließlich verstehen, daß die kapitalistischen Kreise der Österreichischen Volkspartei ausgeschlossen sind, die österreichische Wirtschaft dem ausländischen Kapital zu überantworten. (Ironische Heiterkeit bei der Österreichischen Volkspartei. — Neuerliche Zwischenrufe.) Wir können verstehen, daß sie Betriebe, die in Österreich nach den Grundsätzen der sozialistischen Sowjetunion geführt werden, Betriebe mit höheren Löhnen, höheren Kalorien (lebhaftes Zwischenrufe), größeren Rechten der Arbeiterschaft, besserer sozialer Fürsorge als Herde sozialistischer Ansteckung verabscheuen, daß sie fürchten, den Arbeitern würde das vielleicht mehr behagen als der komische, sogenannte Sozialismus, den die Volkspartei predigt. (Lebhaftes Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei. — Anhaltende Unruhe. — Präsident Dr. Gorbach, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.)

Das können wir verstehen, aber nicht verstehen können wir, daß Sozialisten dieses Spiel mitmachen. Die sozialistischen Arbeiter haben ein gutes Gefühl dafür, daß das ausländische Kapital die größte Gefahr für die Entwicklung Österreichs ist, daß von dieser Seite her nicht der Aufbau der Wirtschaft zu erwarten, sondern die Stilllegung von Betrieben zu befürchten ist. Sie haben weit geringere Angst vor sowjetischen Betrieben, denn sie hassen den Kapitalismus und wünschen den Sozialismus. Man muß konsequent sein, meine Freunde von der Sozialistischen Partei. (Ironische Zwischenrufe: Sehr richtig! — Heiterkeit.) Sie werden uns Kommunisten jederzeit konsequent finden: Konsequent im Kampf für die Verstaatlichung aller Industrien ohne Rücksicht auf ausländische Interessen! (Lebhaftes ironische Zustimmung bei den Abgeordneten der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei. — Präsident Dr. Gorbach gibt erneut das Glockenzeichen.) Aber wir wollen eine Gegenleistung: Wir erwarten von Ihnen dieselbe Konsequenz! Jawohl, Konsequenz meine Damen und Herren. Wir haben jetzt wiederholt das Argument gehört, man könne die Betriebe, die nach 1938 in Österreich errichtet wurden, nicht als deutsche Betriebe betrachten, denn sie wurden ja von österreichischen Arbeitern aufgebaut. Ein ausgezeichnetes Argument — obwohl man die Hunderttausende ausländischer Zwangsarbeiter nicht ganz vergessen darf, die einen wesentlichen Beitrag zu diesem Aufbau geleistet haben. (Zwischenrufe.) Aber trotzdem

ist es ein gutes, ein ausgezeichnetes Argument, wenn es nicht als Phrase gedacht, sondern ernst gemeint ist; wenn Sie es wirklich damit ernst meinen, daß die Betriebe jenen gehören müssen, deren Schweiß in die Mauern und Maschinen eingeströmt ist, nicht den Auftraggebern, nicht den kapitalistischen Fronvögten, sondern dem arbeitenden Volk, wenn Sie das wirklich ernst meinen, dann, meine Damen und Herren, sind wir bereit, mit Ihnen durch dick und dünn zu gehen. Aber wir fordern Konsequenz. Das arbeitende Volk und sonst niemand anderer soll der Herr der Betriebe sein. Das kann nicht nur für jene Betriebe gelten, die nach 1938 errichtet wurden; denn auch vorher waren es nicht die fremden und nicht die einheimischen Kapitalisten, sondern die Arbeiter und Ingenieure, die das alles aufgebaut haben. Es ist kein Geheimnis, daß die österreichischen Arbeiter nicht mehr gewillt sind, für die Herren zu arbeiten, die unter der deutschen Herrschaft wacker am Kriege mitschmarotzt haben, daß sie nur mehr bereit sind, für die Gesamtheit des Volkes (Ruf: des österreichischen Volkes!) — des österreichischen Volkes zu arbeiten. (Anhaltende Zwischenrufe.)

Daher, meine Damen und Herren: Verstaatlichung aller für Österreich entscheidenden Unternehmungen! Aber eine wirkliche Verstaatlichung, die dem arbeitenden Volk einen entscheidenden Einfluß in den Betrieben sichert! Das ist die Konsequenz aus ihrem eigenen Argument. Für diese Souveränität der österreichischen Volkswirtschaft sind wir bereit, unsere Kräfte konsequent und bis zum Äußersten einzusetzen. Wenn Sie nicht dazu bereit sind, dann, meine Damen und Herren, ist Ihr ausgezeichnetes Argument nichts als demagogische Heuchelei. (Erneute Zwischenrufe.)

Die Arbeiter wollen Unabhängigkeit. Sie wollen nicht mehr abhängig sein von dem kriegs- und krisenschwangeren Kapital, nicht mehr abhängig von unsichtbaren Aktionären und Drahtziehern, nicht mehr abhängig von der Angst um das tägliche Brot, vor Abbau und Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter wollen vorwärts zum Sozialismus und sie verstehen immer besser, daß Feindschaft gegen die Sowjetunion auch Feindschaft gegen den Sozialismus bedeutet, daß die Freundschaft der Sowjetunion für das einfache Volk eine große Hilfe ist. Das österreichische Volk und vor allem die österreichische Arbeiterschaft brauchen die Freundschaft der Sowjetunion. Österreich wäre heute wirtschaftlich und staatspolitisch wesentlich weiter, wenn es nicht demonstrativ auf die Freundschaft der Sowjetunion verzichtet

hätte, und der Befehl des Generalobersten Kurassow — davon bin ich fest überzeugt — hätte niemals das Licht der Welt erblickt, wenn Österreich eine Politik der Freundschaft und der Verhandlungen mit der Sowjetunion gewählt hätte.

Aus der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers und der dem Parlament vorgelegten Resolution geht leider hervor, daß man beabsichtigt, diesen unheilvollen Kurs fortzusetzen. Wir können das nicht hindern. Wir können nur warnen. Wir sind in diesem Hause eine kleine Minderheit, aber dennoch sollten Sie diese Stimme nicht überhören. Wollen Sie die Sowjetunion wirklich sinnlos herausfordern? Erhoffen Sie sich von der anderen Seite wirksamere Unterstützung als in der Frage Südtirol? Das alles führt nicht zur Lösung der Probleme, sondern immer tiefer in die Sackgasse. Österreich aber braucht eine schnelle Lösung, um die Einheit seiner Wirtschaft zu sichern und der ewigen Beunruhigung ein Ende zu bereiten. Wir halten die Erklärungen des Herrn Generalmajors Zinjaw für eine Verhandlungsgrundlage. Das Ziel solcher direkter und freimütiger Verhandlungen müßte sein, dem russischen Partner das Höchstmaß des Möglichen abzurufen und den Einbau jener Betriebe, die sowjetisch sind oder zum Teil sowjetisch bleiben, in die österreichische Gesamtwirtschaft zu erreichen. Wenn Sie jedoch zu passivem Widerstand auffordern und den Widerhall der Agitation höher schätzen als praktische Ergebnisse, dann ist das mit all seinen Folgen kein Glück für Österreich. Ich spreche zu Ihnen nicht als Parteimann (Zwischenrufe), ich spreche zu Ihnen als Österreicher, der nicht möchte, daß dieses Land von inneren und äußeren Konflikten zerrüttet wird, sondern endlich in Vernunft seinen Weg zur Arbeit, zum Frieden und zum harmonischen Ausgleich der Interessen findet. Wollen Sie, daß Österreich dauernd zu einer Karte wird im internationalen Mächtespiel, daß es den einen gegen den anderen auszuspielen meint und in Wahrheit nur selbst ausgespielt wird, oder wollen Sie, daß es sich in seiner Lage zu rechtfindet und aus der Erkenntnis der Realität zur realen Freiheit vorwärtsschreitet? Ich möchte Sie ernsthaft bitten, nicht den ersten Weg einzuschlagen, sondern den zweiten Weg zu wählen, den Weg besonnener Verständigung. Wir wünschen die Konzentration aller Kräfte, wir wünschen eine gute Zusammenarbeit im Interesse Österreichs. Aber im Interesse Österreichs können wir die verfehlte Politik gegenüber der Sowjetunion nicht billigen und die von der Mehrheit ausgearbeitete Resolution nicht gutheißen.

Ich bitte daher das Hohe Haus, nach reiflicher Überlegung eine Resolution anzunehmen, die ich mir gestatte vorzulegen. Die Resolution lautet (liest):

„Der Nationalrat möge beschließen:

Da jede weitere Verzögerung direkter Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Durchführung der Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse, die das deutsche Eigentum in Ostösterreich betreffen, die Interessen Österreichs schädigt und den raschen wirtschaftlichen Aufbau unseres Staates gefährdet, fordert der Nationalrat die Bundesregierung auf, unverzüglich alle Schritte zu unternehmen, um solche Verhandlungen einzuleiten. Der Nationalrat erwartet, daß die Bundesregierung bestrebt sein wird, bei diesen Verhandlungen dem österreichischen Volk, also dem Staat, und nicht in- oder ausländischen Kapitalgruppen, einen möglichst großen Anteil an dem deutschen Eigentum zu sichern. Der Nationalrat gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß der rasche und erfolgreiche Abschluß solcher Verhandlungen den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft beschleunigen und wesentlich erleichtern, die Lage der werktätigen Bevölkerung in wachsendem Maße verbessern und für alle Arbeiter und Angestellten den Ausbau der sozialen Rechte ermöglichen wird.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen, und bitte das Hohe Haus, nicht parteiisch, sondern in strenger Sachlichkeit das Für und Wider zu beurteilen. Es geht um Österreich! (Lebhafter Beifall bei der Kommunistischen Partei Österreichs.)

*

Präsident Dr. Gorbach stellt die Unterstützungsfrage. Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Dr. Scheff: Hohes Haus! In den letzten 22 Jahren hat unser Vaterland Leiden mitgemacht, wie wohl kein anderes Land der Erde. Zwei Weltkriege, eine Zwischenzeit, die auf Grund des Friedensvertrages von Saint-Germain und seiner wirtschaftlichen Folgen erfüllt war mit wirtschaftlichen und politischen Kämpfen: im Jahre 1933, oder eigentlich noch früher, die einsetzende Agitation des Nationalsozialismus, die dadurch erfolgte Zerreißung der Bevölkerung, dann eine Fremdherrschaft von mehr als sieben Jahren und hierauf eine Besetzung, die insbesondere im Ostteil unseres Vaterlandes stärker ist als in allen anderen Ländern der Erde. Dieses Volk soll offenbar nicht zur Ruhe kommen. Denn eine Forderung an dieses verarmte und verelendete Österreich

jagt die andere, und wir stehen heute vor einer Frage, die von uns allen mit vollem Ernst und mit Überlegung behandelt werden muß, nämlich vor der Frage der Potsdamer Beschlüsse hinsichtlich des reichsdeutschen Eigentums in Österreich.

Vor kurzer Zeit ist ein Befehl des russischen Oberkommandierenden erfolgt, in dem dieser den Übergang des reichsdeutschen Eigentums in Österreich in den Besitz der Sowjetunion bekanntgegeben hat. Kurze Zeit darauf erfolgte durch den stellvertretenden Kommandierenden, Herrn Generalmajor Zinow, eine authentische Interpretation dessen, was Rußland als deutsches Eigentum in Österreich ansehe. Nun wurde von einem der heutigen Redner unserer Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie die Frage des reichsdeutschen Eigentums in Österreich nicht entsprechend frühzeitig in Angriff genommen habe, daß sie zu allen diesen Fragen geschwiegen habe. Ich verweise darauf, daß diese Frage tatsächlich bereits seit Monaten auf dem Tapet steht, und ich verweise darauf, daß unsere Regierung auch seinerzeit wegen direkter Verhandlungen an die Sowjetunion herangetreten ist, jedoch auf ihren diesbezüglichen Brief vier Wochen hindurch keine Antwort erhalten hat. (Rufe: Hört! Hört!) Ich verweise ferner darauf, daß schon am 1. März 1946 in der ganz offenkundigen Absicht, damit die österreichische Frage des deutschen Eigentums zu kennzeichnen, der Außenminister der Vereinigten Staaten, Byrnes, zu dieser Frage Stellung genommen und damals gesagt hat (liest): „Es hat auch kein Staat das Recht, sich in befreiten Ländern Güter anzueignen, die angeblich dem Feind gehören, bevor die Frage der Reparationen geklärt und im Einverständnis aller Alliierten gelöst ist. Wir haben uns nicht einverstanden erklärt und werden uns auch nicht einverstanden erklären, daß eine Macht allein entscheidet, was sie aus diesen Ländern für sich nehmen wird.“

Hohes Haus! Es hat wohl niemand und am allerwenigstens haben die Vertragspartner der Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien, gelegentlich der Potsdamer Beschlüsse geglaubt, daß diese jemals zu einer Erörterung führen würden und daß diese Erörterung zu einer Lebensfrage Österreichs werden könne. Wer diese Frage richtig und unbeeinflusst beurteilen will, muß sich vor allem folgendes vor Augen halten: Österreich ist ein vorwiegend industriell ausgerichteter Staat. Diesem Staat aber, beziehungsweise seiner in Wien und Umgebung, also gerade in den betroffenen Gebieten zusammengeballten Industrie,

ist durch den Friedensvertrag von Saint-Germain das Hauptabsatzgebiet genommen worden.

Dem deutschen Vermögen in Österreich stehen ganz gewaltige österreichische Vermögensschaften, beziehungsweise österreichische Ansprüche an Deutschland gegenüber, wie bereits mein Vorredner, Herr Vizebürgermeister Speiser, ausgeführt hat. Wie sollen diese Forderungen, die Österreich an Deutschland stellt, jemals hereingebracht werden, wenn der einzige für uns greifbare Wert gegenüber Deutschland von dritter Seite her beschlagnahmt wird? (Zustimmung.) Österreich hat durch die letzten Jahrzehnte und insbesondere durch die nazistische Ausraubungstaktik, dann aber auch durch die Kriegsereignisse und die Besetzung so ungeheuerere wirtschaftliche Schäden erlitten, daß es nicht in der Lage ist, auch nur den geringsten weiteren wirtschaftlichen Verlust zu ertragen. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Schließlich und endlich müssen wir uns doch auch noch darüber klar werden, daß die Frage gelöst werden muß, ob und in welcher Weise die von der Sowjetunion zu übernehmenden Betriebe in Österreich tatsächlich verwaltet und betrieben werden sollen. Wir haben bereits gehört, daß es in weiten Kreisen unserer Arbeiterschaft berechtigtes Aufsehen und berechtigten Mißmut hervorgerufen hat, daß in einigen der Besatzungsmacht Rußland unterstehenden Betrieben Lebensmittelquoten ausgegeben werden, die kein anderer Betrieb in Österreich zu leisten in der Lage ist. Es geht nicht an, daß man die Arbeiter einzelner Betriebe in einer derartigen Weise bevorzugt, während die übrigen Arbeiter ihre Arbeit sozusagen unter dem Zwang des Hungers leisten müssen.

Die Frage, die an uns herantritt, ist daher einerseits eine sachliche und andererseits eine Frage nach dem Umfang des deutschen Eigentums. Unter der sachlichen Frage verstehe ich die, daß entgegen der Auffassung einer Zeitung, daß die deutschen Betriebe künftighin für Österreich arbeiten werden, in weiten Kreisen der Bevölkerung die Befürchtung besteht, daß diese Arbeit nicht für Österreich erfolgen wird und nach der ganzen Konstruktion ja auch nicht erfolgen kann. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein ausländischer Staat als Unternehmer größten Umlanges in einem anderen Staat ununterbrochen Anlaß zu irgendwelchen Beschwerden haben wird und daß daraus eine Trübung des Verhältnisses zwischen dem Arbeitsstaat und dem auswärtigen Staat entstehen kann,

was wir unter allen wie immer gearteten Umständen vermeiden wollen.

Über diese Frage hinaus — die Frage des deutschen Eigentums seinem Umfang nach wurde heute bereits von den beiden Herren Vorrednern erwähnt — entsteht die Frage: Wie sollen wir denn diese Frage lösen, wenn wir nicht einmal die Frage, wer eigentlich Deutscher ist, bis zum heutigen Tage gelöst haben? Nach den Ausführungen des Herrn Generalmajors Zinjaw — die bereits erwähnt wurden — ist alles das als „deutsches Eigentum“ anzusehen, was vor dem Jahre 1938 deutsch war, was nach 1938 in Österreich mit deutschem Kapital gegründet wurde und schließlich alle jene Vermögenswerte, die gegen einen entsprechenden Preis durch Kauf in deutsches Eigentum übergegangen sind.

Dabei möchte ich doch einen Moment verweilen und dazu ein paar Beispiele anführen: Die Welt verlangt von uns — und zwar mit vollem Rechte — die sogenannte Wiedergutmachung. Wir müssen allen jenen Kreisen, insbesondere den jüdischen Kreisen, die in Österreich zur Nazizeit in derartiger Weise, wie es die Welt noch nicht gesehen hat, entrechtet und gequält wurden, wenigstens nach der einen Seite der Wiedergutmachung hin, wieder zu ihrem Recht verhelfen. Wie sollen wir das aber tun, wenn die zur Wiedergutmachung gehörigen Eigentumsstücke inzwischen in das Eigentum eines Dritten übergegangen sind? Ein Beispiel hierfür bildet die „Deutsche Ansiedlungsgesellschaft“, jetzt „Österreichische Ansiedlungsgesellschaft“. Es ist das jene Gesellschaft, der man unter der Terrorherrschaft der Nazi den gesamten jüdischen Besitz an Grund und Boden gegeben hat. Diese Gesellschaft soll nunmehr in das Eigentum der Sowjetunion übergehen. Man beantworte mir die Frage, wie wir es unter diesen Umständen ermöglichen sollen, den Geschädigten ihr Eigentum zurückzugeben.

Oder ein anderes Beispiel: In der Zeit des Nazitums konnte man sich nicht genug damit tun, irgendwo zu militärischen Zwecken Schießstätten, große Manöverplätze und so weiter zu errichten. So hat man, um den Artillerieübungsplatz in Kaisersteinbruch zu erweitern, die ganze angrenzende Gemeinde Sommerein einfach enteignet und die Bauern — denn Sommerein ist ein bäuerlicher Ort — gegen Zahlung in deutscher Reichsmark einfach ihres Eigentums beraubt. Jahrhundertlang saßen diese Leute auf dieser Erde, und jetzt, da die Möglichkeit besteht, sie wieder in Sommerein anzusiedeln, wird von russischer Seite erklärt, Sommerein sei als ehemaliger Artillerie-

übungsplatz in russisches Eigentum übergegangen. (Rufe: Hört! Hört!)

Ein besonderes Kapitel ist das des Petroleums, das Herr Nationalrat Fischer angeschnitten hat. Ich konstatiere vor allem, daß die Pionierarbeit, die beim Petroleum sozusagen das Maßgebende ist — denn es ist gar keine Kunst, Petroleum zu erbohren, wenn man einmal weiß, daß dieses Petroleum wirklich in einem bestimmten Boden vorhanden ist —, ausschließlich von Österreichern geleistet worden ist. (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs.) Nur Österreicher haben, abgesehen von einer kleinen Schweizer Gruppe, bis zum Jahre 1938 die kleinen Erdölfelder im Wiener Becken, insbesondere bei Zistersdorf betrieben. Als die Nationalsozialisten nach Österreich kamen, haben sie selbstverständlich, wie nach all unserem Hab und Gut, ihre begehrliehen Blicke auf das Petroleumvorkommen gelenkt, das sie besonders gut brauchen konnten, da Deutschland mit Ausnahme der Lüneburger Heide fast kein solches besitzt. Das Resultat war, daß man, um die Berechtigten — das sind die sogenannten Schurfrechtbesitzer —, einfach kostenlos zu enteignen, ein eigenes Gesetz geschaffen hat, das sogenannte Bitumengesetz, auf Grund dessen alle Schurfberechtigungen als gegenstandslos und verfallen erklärt wurden, wenn nicht binnen einem Jahre für das betreffende Gebiet eine Sonde untergebracht worden sei, das heißt ein Grubenfeld, bergrechtlich gesprochen, verliehen worden sei. Da eine einzige Sonde zwischen 200.000 und 500.000 Mark kostet, war das natürliche Resultat, daß jeder Schurfberechtigte sein Eigentum zugunsten des Deutschen Reiches kostenlos aufgeben mußte. Auf diese Art und Weise kamen die Deutschen zu den Früchten österreichischer Pionierarbeit und österreichischen Fleißes; sie kamen also kostenlos auf ein bereits halb erschlossenes Gebiet. Wenn unter diesen Umständen uns allen, die wir österreichisch fühlen, die Frage des Erdölgebietes Zistersdorf ganz besonders am Herzen liegt, so ist das meiner Ansicht nach selbstverständlich. (Lebhafter Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs.)

Herr Abgeordneter Fischer hat auch über einen Filmvertrag des Herrn Ministers Heisl gesprochen. Ohne dem Herrn Minister die Pointe wegzunehmen, möchte ich nur etwas erklären: Was damals geschehen ist, war nichts weiter als eine Beschlagnahme durch die Amerikaner, dann direkte Verhandlungen — also das, was jetzt von der

Kommunistischen Partei gewünscht wird — und sodann die Aufhebung der Beschlagnahme. (Heiterkeit und Beifall.) Ich meine daher, daß man diesbezüglich dem Herrn Minister keine Vorwürfe machen kann. Jedenfalls bestehen auf unserer Seite, insbesondere auf Seite der Österreichischen Volkspartei, die das Vertrauen von mehr als der Hälfte der österreichischen Bevölkerung besitzt, der absolute Wunsch und Wille, nichts zu unternehmen, was für die österreichische Wirtschaft untragbar wäre. (Lebhafter Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Wir können als deutsches Eigentum in Österreich nur jenes Vermögen anerkennen, das vor dem Jahre 1938 Deutschen in Österreich gehört hat und Vermögenswerte, die nachweislich ohne österreichische Gegenleistung nach dem Anschluß nach Österreich eingeführt worden sind.

Den dritten Punkt in den Ausführungen des Herrn Generalmajors Zinow müssen wir absolut ablehnen, und zwar deshalb, weil alle wissen, daß die Bezahlung in Reichsmark und zu amtlich festgesetzten Werten des Deutschen Reiches niemals eine entsprechende Gegenleistung war. (Zustimmung.) Aber wir müssen die Herausgabe auch dieser deutschen Vermögenswerte meiner Ansicht nach noch von etwas anderem abhängig machen: die Jurisprudenz kennt den Begriff des sogenannten Retentionsrechtes, das heißt Zurückbehaltungsrechtes. Es wurde heute vom Herrn Vizebürgermeister Speiser bereits ausgeführt, daß wir ungeheure Forderungen an das Deutsche Reich besitzen. Jeder Mensch, der ehrlich ist, weiß, daß das Deutsche Reich ein Bankrotteur ist. Wir haben deutsche Vermögenswerte in Österreich noch in der Hand. Geben wir diese heraus, so sind unsere österreichischen Forderungen zwar möglicherweise anzumelden, doch ist die Möglichkeit ihrer Durchsetzung und Hereinbringung so gut wie ausgeschlossen. Wir müssen und können daher meines Erachtens nur jene Vermögenswerte herausgeben, die über die Forderungen, die Österreich und Österreicher an das Deutsche Reich zu stellen haben, hinausgehen. (Lebhafter Beifall.)

Und noch eine Frage, die ich bei dieser Gelegenheit unbedingt erörtern muß: Es ist der durch diese Frage bis aufs äußerste angespannte Gegensatz zwischen den ganz neuen Begriffen von Ostösterreich und Westösterreich.

Hohes Haus! Denken Sie einmal selber jeder einzelne nach. Ostösterreich, sozusagen die Konzentration der Kriegsschäden, der

Träger fast allen Kriegsleidens — wir wissen, was unser Burgenland, unser Niederösterreich und unser herrliches Wien an Kriegsschäden erlitten haben. In Westösterreich — mit Ausnahme von ein oder zwei Industriezentren —: Kriegsschäden in einem immerhin erträglichen Ausmaße. Zweitens: eine Besatzung in Ostösterreich, die die verhältnismäßig größte und höchste Besatzung unter allen besetzten Ländern überhaupt ist, geschweige denn in einem befreiten Land. (Lebhafte Zustimmung.) Und drittens: wirtschaftliche Schäden als Nachkriegsfolge in Ostösterreich in einem Ausmaße, das fast untragbar ist. In Westösterreich ist das nicht der Fall. Will man denn wirklich eine Scheidemauer zwischen Ost und West? Will man ein verarmtes Ostösterreich und ein reiches — wenigstens relativ reiches — Westösterreich schaffen?

Hohes Haus! Alle Beschlüsse der hohen Alliierten kommen darin überein, daß wir, das erste Opfer der nazistischen Aggression, frei und unabhängig sein sollen und daß unsere Wirtschaft auch eine Existenzmöglichkeit besitzen muß. Wenn wir aber hören, daß in einer noch gar nicht klargestellten Frage, in einer Frage, in der es wohl einen Anfang aber kein Ende gibt, 40 Prozent und mehr der Industriewerte eines einzelnen Bundeslandes in das Eigentum eines fremden Staates übergehen und von diesem betrieben werden sollen, dann können Sie sich vorstellen, was diese Frage für Österreichs Zukunft bedeutet. Ich habe bemerkt, daß die ganze Frage noch nicht spruchreif ist. Ich habe gesagt, daß wir heute noch gar nicht wissen, wer Deutscher ist und wer nicht als Deutscher zu behandeln ist. Wir wissen nicht, ob der Befehl des Herrn Oberkommandierenden der russischen Besatzungsarmee formell gültig ist oder nicht. Sicher ist, daß er mit dem Artikel 5 des neuen Kontrollübereinkommens in Widerspruch steht, der anordnet, daß bezüglich der Frage des deutschen Eigentums weder die österreichische Regierung noch eine untergeordnete Behörde ohne die schriftliche Zustimmung der Alliierten Kommission Maßnahmen ergreifen kann.

Deckt sich aber der in den Potsdamer Beschlüssen geprägte Begriff Ostösterreich mit dem Besatzungsgebiet der Roten Armee? Ich glaube nicht; denn ich glaube nicht, daß das nördliche Oberösterreich als Ostösterreich bezeichnet werden könnte. Dann weiter: Wie steht es mit den von den Russen nicht besetzten Zonen in Wien? Wie steht es mit dem I. Bezirk, der gemeinsam besetzt ist? Wie steht es um die gesellschaftlichen Formen des Eigentums? Ist eine Gesellschaft

5/2 27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 19. Juli 1946.

deutsch, wenn ihre Majorität oder nur der entsprechende Anteil deutsch ist? Wie steht es mit Konzernfirmen, wie steht es um die Passiven der Gesellschaft, wie um jene, die in den verschiedenen Besatzungszonen Eigentum und Niederlagen besitzen? Es ist daher sonnenklar, daß die Lösung einer solchen Frage ohne Lösung zahlreicher Vorfragen, die sorgfältigst erwogen werden müssen, nicht weitergebracht werden kann, soll sie nicht zu einer ständigen Reibungsfläche zwischen zwei Staaten werden, die gegenseitig Freundschaft suchen und zu einer Drosselung der österreichischen Wirtschaft führen.

Hohes Haus! Ich glaube daher, daß ich den Standpunkt meiner Herren Vorredner vertreten kann und muß, wenn ich direkte Verhandlungen zwischen der Union der Sowjetrepubliken und Österreich anrege, Verhandlungen, welche diese Frage mit allen Vorfragen klären, die dann so gelöst werden sollen, daß die Zukunft für uns tragbar ist und die Wirtschaft Österreichs keinen weiteren Schaden erleidet. Wir wollen nicht um Gnade wimmern, sondern wir stehen auf dem Standpunkt des Rechtes unseres kleinen Österreichs! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs.) Wir wissen aber andererseits, daß wir der Sowjetunion, die einen erheblichen und vielleicht den erheblichsten Anteil an unserer Befreiung vom nationalsozialistischen Joch geleistet hat, zu unendlichem Dank verpflichtet sind. Wir wollen daher noch einmal unterstreichen, daß es keinem Österreicher nahekommt, die Beziehungen zwischen seinem Vaterland und Rußland irgendwie zu stören. Es gibt keinen, der dumm genug ist, sich einzubilden, daß Österreich ohne Freundschaft mit Rußland in die Zukunft gehen könnte. Aber gerade aus diesem Grunde bitten wir das große russische Volk, an Landbesitz das größte, an Bevölkerungszahl das drittgrößte der Welt, mit diesem kleinen österreichischen Staat Einsehen zu haben und von ihm nichts zu fordern, was dieser Staat nicht leisten kann, will er sich nicht selbst vernichten.

Wir leben in der Zeit der UNO, wir leben in der Zeit, da eben der Krieg beendet ist, da das Recht nicht mehr auf der Spitze des Schwertes getragen, sondern am Verhandlungstisch durch gegenseitiges Verständnis gesucht werden soll. (Lebhafter Beifall.) Wir bitten daher aus diesem Grunde unseren großen Verhandlungspartner, Einsicht zu haben und Österreich auch in der Frage des deutschen Eigentums in Österreich Recht und Gerechtigkeit werden zu lassen! (Lebhafter, langandauernder Beifall und Händeklatschen bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs.)

(Während dieser Ausführungen hat Präsident Kunschak den Vorsitz wieder übernommen.)

*

Die Debatte ist geschlossen.

Bei der Abstimmung wird der Resolutionsantrag der Abgeordneten Ing. Raab, Speiser und Genossen mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Präsident: Zu einer Feststellung hat sich Herr Minister Heidl zum Worte gemeldet.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. h. c. Heidl: Hohes Haus! Der Herr Abgeordneter Fischer hat in seiner Rede erklärt, daß ich etwas gemacht hätte, was nach seiner Meinung unrichtig war. Ich war der Ansicht, daß er mir ein Lob spenden würde, da ich gerade das getan habe, was er ja immer verlangt: direkte Verhandlungen mit den Besatzungsmächten, um zu einem Erfolg zu kommen.

Ich stelle also fest: es ist richtig, daß ich nicht protestiert, sondern das gemacht habe, was der Abgeordnete Fischer immer verlangt: ich habe mit dem amerikanischen Element der österreichischen Besatzungsmächte im Gegenstand verhandelt und in einem Vertrag den österreichischen Besitz und noch mehr für Österreich sichergestellt. (Lebhafter Beifall.)

*

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 30 Minuten.